

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 3140  
des Abgeordneten Christoph Schulze  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/7882

### Politisches Betätigungsverbot gemeinnütziger Vereine

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3140 vom 03.09.2013:

Vereine und andere Organisationen können als gemeinnützig eingestuft, wenn Sie mit ihrer Arbeit der Allgemeinheit dienen. Dafür gibt es klare Kriterien. Als gemeinnützige eingestufte Körperschaften werden staatlich besonders gefördert, insbesondere durch Vergünstigungen bei der Besteuerung.

Zahlreiche gemeinnützige Vereine und Organisationen unterstützen politische Parteien, nicht nur im Wahlkampf, sondern dauerhaft, passiv und aktiv. Diese Organisationen werden oft als „parteinah“ bezeichnet.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Wenn sich gemeinnützige Vereine oder Organisationen positiv zu politischen Parteien positionieren und diese in Wahlen ohne Geldzuwendungen, aber durch personellen und materiellen Einsatz, unterstützen, ist dies mit dem Status der Gemeinnützigkeit vereinbar?
2. Handelt es sich bei dem Transfer von personellen und materiellen Leistungen zu den politischen Parteien um verdeckte Parteienfinanzierung?
3. Handelt es sich um einen Verstoß gegen die Grundsätze der Gemeinnützigkeit?
4. Wird in solchen Fällen Vereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt?
5. Wurde diese Praxis in der Vergangenheit gerichtlich bzw. Verfassungsgerichtlich geprüft? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister der Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wenn sich gemeinnützige Vereine oder Organisationen positiv zu politischen Parteien positionieren und diese in Wahlen ohne Geldzuwendungen, aber durch personellen und materiellen Einsatz, unterstützen, ist dies mit dem Status der Gemeinnützigkeit vereinbar?

zu Frage 1:

Politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungsbildung, Förderung politischer Parteien und dergleichen) zählen grundsätzlich nicht zu den gemeinnützigen Zwecken im Sinne von § 52 der Abgabenordnung (AO); Anwendungserlass zur AO - AEAO - zu § 52 AO, Tz. 15.

Eine gewisse Beeinflussung der politischen Meinungsbildung schließt jedoch die Gemeinnützigkeit nicht aus ([BFH-Urteil vom 29.08.1984, I R 203/81, BStBl II S. 844](#)). Eine politische Tätigkeit ist danach unschädlich für die Gemeinnützigkeit, wenn eine gemeinnützige Tätigkeit nach den Verhältnissen im Einzelfall zwangsläufig mit einer politischen Zielsetzung verbunden ist und die unmittelbare Einwirkung auf die politischen Parteien und die staatliche Willensbildung gegenüber der Förderung des gemeinnützigen Zwecks in den Hintergrund tritt. Eine Körperschaft fördert deshalb auch dann ausschließlich ihren steuerbegünstigten Zweck, wenn sie gelegentlich zu tagesspolitischen Themen im Rahmen ihres Satzungszwecks Stellung nimmt. Entscheidend ist, dass die Tagespolitik nicht Mittelpunkt der Tätigkeit der Körperschaft ist oder wird, sondern der Vermittlung der steuerbegünstigten Ziele der Körperschaft dient ([BFH-Urteil vom 23.11.1988, I R 11/88, BStBl 1989 II S. 391](#)). Dagegen ist die Gemeinnützigkeit zu versagen, wenn ein politischer Zweck als alleiniger oder überwiegender Zweck in der Satzung einer Körperschaft festgelegt ist oder die Körperschaft tatsächlich ausschließlich oder überwiegend einen politischen Zweck verfolgt (siehe insgesamt Anwendungserlass zur AO - AEAO - zu § 52 AO, Tz. 15).

Wahlaussagen und Unterstützungen von politischen Parteien aus Anlass einer bevorstehenden Wahl sind grundsätzlich nicht mit dem Status der Gemeinnützigkeit vereinbar, weil eine solche Tätigkeit auf eine bestimmte politische Meinungsbildung und damit Beeinflussung der Wahlentscheidung gerichtet ist.

Frage 2:

Handelt es sich bei dem Transfer von personellen und materiellen Leistungen zu den politischen Parteien um verdeckte Parteienfinanzierung?

zu Frage 2:

Gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes (PartG) sind Parteien berechtigt, Spenden anzunehmen. § 25 Absatz 2 PartG regelt, welche Spenden von Parteien nicht angenommen werden dürfen; nach Nr. 2 dieser Vorschrift sind auch Spenden gemeinnütziger Einrichtungen von dem Verbot der Annahme umfasst. Durch diese Regelung soll eine indirekte staatliche Parteienfinanzierung durch staatlich bereits geförderte Organisationen ebenso verhindert werden wie eine Verschleierung der Herkunft von Spenden durch zwischengeschaltete Spenderorganisationen

(Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, 194. Ergänzungslieferung 2013, Randnummer 12, zitiert bei Beck-Online). Als Spenden sind neben Geldleistungen, soweit sie nicht aufgrund satzungsrechtlicher Vorschriften von Mitgliedern als regelmäßige Beiträge entrichtet werden, auch geldwerte Zuwendungen aller Art wie die unentgeltliche Bereitstellung von sächlichen Mitteln, Personal oder vorhandenen Organisationsstrukturen anzusehen (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09.04.1992 – 2 BvE 2/89 S. 2555, zitiert bei Beck-Online). Hat eine Partei unter Verstoß gegen § 25 Abs. 2 PartG Spenden angenommen, ergeben sich die Konsequenzen für die Partei aus § 31 c Absatz 1 PartG.

Frage 3:

Handelt es sich um einen Verstoß gegen die Grundsätze der Gemeinnützigkeit?

zu Frage 3:

Verweis auf Antwort zu Frage 1.

Frage 4:

Wird in solchen Fällen Vereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt?

zu Frage 4:

Diese Frage kann nur allgemein beantwortet werden, da die Entscheidung von den Umständen des jeweiligen Einzelfalls abhängt.

Etwaige Rechtsverstöße durch politische Betätigungen müssen der Körperschaft zuzurechnen sein. Dies trifft bei Handlungen der gesetzlich vorgesehenen Organe (Geschäftsführer, Vorstand) in der Regel zu.

Verstöße im Rahmen der tatsächlichen Geschäftsführung (u.a. durch politische Betätigungen) können so schwerwiegend sein, dass einer Körperschaft die Steuerbegünstigung – bei fortbestehender Verwendungspflicht des Vermögens für gemeinnützige Zwecke – aberkannt wird. In besonders schweren Fällen kann eine Nachversteuerung rückwirkend für die letzten 10 Jahre erfolgen (§ 61 Abs. 3 AO).

In jedem Fall ist eine Verhältnismäßigkeitsentscheidung zu treffen. Sanktionen müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Schaden für die Gemeinnützigkeit stehen. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit bzw. der 10jährigen Nachversteuerung wird deshalb nur in besonders schweren Fällen in Betracht kommen. Die gebotene Abwägung kann nur anhand des konkreten Einzelfalles unter Berücksichtigung sämtlicher in Betracht kommender Gesichtspunkte erfolgen. Als Abwägungsgesichtspunkte sind dabei auch der gesellschaftlich hohe Stellenwert der Gemeinnützigkeit sowie die Reaktion der Körperschaft auf das von ihr erkannte Fehlverhalten zu berücksichtigen.

Frage 5:

Wurde diese Praxis in der Vergangenheit gerichtlich bzw. verfassungsgerichtlich geprüft? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

zu Frage 5:

Eine gerichtliche oder verfassungsrechtliche Prüfung zum konkreten Fall der Parteienfinanzierung durch gemeinnützige Vereine oder Organisationen hat bislang nicht stattgefunden. Zur Problematik der Beeinflussung der politischen Meinungsbildung verweise ich auf die genannten Urteile, siehe Antwort auf Frage 1.

Allgemein kann auch nach der Rechtsprechung grundsätzlich jeder Verstoß gegen die Rechtsordnung die Versagung der Gemeinnützigkeit rechtfertigen. Zu den Maßstäben im Einzelfall Verweis auf die Antwort zu Frage 4.